

Rainer Eisfeld

Streiten gegen die Erosion der Demokratie

Politikwissenschaft für das 21.
Jahrhundert



Springer VS

Streiten gegen die Erosion der Demokratie

Rainer Eisfeld

Streiten gegen die Erosion der Demokratie

Politikwissenschaft für das 21. Jahrhundert



Springer VS

Rainer Eisfeld
Fachbereich 1
Osnabrück University
Osnabrück, Deutschland

Dieses Buch ist eine Übersetzung des Originals in Englisch „Empowering Citizens, Engaging the Public“ von Eisfeld, Rainer, publiziert durch Springer Nature Singapore Pte Ltd. im Jahr 2019. Die Übersetzung erfolgte mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (maschinelle Übersetzung durch den Dienst DeepL.com). Eine anschließende Überarbeitung im Satzbetrieb erfolgte vor allem in inhaltlicher Hinsicht, so dass sich das Buch stilistisch anders lesen wird als eine herkömmliche Übersetzung. Springer Nature arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung von Werkzeugen für die Produktion von Büchern und an den damit verbundenen Technologien zur Unterstützung der Autoren.

ISBN 978-981-19-8787-8 ISBN 978-981-19-8788-5 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-981-19-8788-5>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Nature Singapore Pte Ltd. 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Lektorat/Planung: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Nature Singapore Pte Ltd. und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: 152 Beach Road, #21-01/04 Gateway East, Singapore 189721, Singapore

RAINER EISFELD: WERKE

Deutsch

Pluralismus zwischen Liberalismus und Sozialismus (1972;
ital. Ausg. 1976, kroat. Ausg. 1992)
Sozialistischer Pluralismus in Europa (1984)
Gegen Barbarei (1989, hg. mit Ingo Müller)
Ausgebürgert und doch angebräunt (1991, erw. Ausg. 2013)
Wild Bill Hickok. Westernmythos und Wirklichkeit (1994;
erw. rev. Neuausg. 2021: Die bewaffnete Gesellschaft der USA)
Mondsüchtig (1996 [HC], 2000 [TB]; Neuausg. 2012;
tschech. Ausg. 1997)
Als Teenager träumten. Die magischen 50er-Jahre (1999)
Marsfieber (2003, mit Wolfgang Jeschke)
Streitbare Politikwissenschaft (2006)
Mitgemacht (2015, hg.)
Ein neuer Blick auf 1968 (2022)

Englisch

Political Science and Regime Change in 20th Century Germany (1996,
mit Michael Th. Greven and Hans K. Rupp)
Pluralism. Developments in the Theory and Practice of Democracy
(2006, hg.)
Political Science in Central-East Europe (2010, hg. mit Leslie A. Pal)
Radical Approaches to Political Science (2012)

Political Science: Reflecting on Concepts, Demystifying Legends (2016)

Empowering Citizens, Engaging the Public. Political Science
for the 21st Century (2019)

Political Science in the Shadow of the State:

Research, Relevance, Deference (2021, hg. mit Matthew Flinders)

DIE REALITÄT

„[Nach] Meinungsumfragen in der Bundesrepublik und vielen anderen Ländern ... [befindet] eine überwältigende Zahl der Befragten ‚die Idee der Demokratie für gut‘, [steht aber] der von ihnen erfahrenen Praxis kritisch bis ablehnend gegenüber ... Bürgerinnen und Bürger messen die Demokratie an den von ihnen mit ihr in Verbindung gebrachten Versprechen. An der tatsächlichen (oder angeblichen) Nichterfüllung solcher Versprechen entzündet sich regelmäßig die Skepsis und Kritik an der Demokratie des 21. Jahrhunderts.“

Hubertus Buchstein, Vortrag zur Eröffnung des DVPW-Kongresses: „Die Versprechen der Demokratie“ [„Her mit dem guten Leben“], Tübingen 2013

DIE VISION

„Letztendlich unterstützt IPSA die Rolle der Politikwissenschaft bei der Befähigung von Männern und Frauen, sich wirksamer am politischen Leben zu beteiligen – sei es in den Staaten, in denen sie leben, oder darüber hinaus.“

International Political Science Association (IPSA): Leitbild (2011)

„Wir sind der festen Überzeugung, unsere Studiengruppe sei eingesetzt worden in dem Bewusstsein, dass die Politikwissenschaft über ein reiches Potenzial verfügt, um bessere Wege zu weisen zur Erlangung von

- Frieden,
- wirtschaftlichem Wohlstand,
- Menschenrechten,
- partizipativer Demokratie
- und letztendlich individueller Entfaltung.

... Wir hoffen, dass unser Bericht Politikwissenschaftler/innen und die Politikwissenschaft als Ganzes dazu anspornt, dieses Potenzial zu verwirklichen.“

American Political Science Association (APSA): Report of the Task Force on Political Science in the 21st Century (2011)

INHALT

Abkürzungen
Danksagung
Prolog

Teil I Erfordernisse

1. Menschliche Geschicke verbessern:
Leitmotiv der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert
Zunehmend mit der Erwartung konfrontiert, Bürgerinnen und Bürgern bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen, sieht das Fach – als zersplittert und methodenorientiert wahrgenommen – sich vor die Herausforderung gestellt, relevanter, verständlicher und (wo immer nötig) kritischer gegenüber Regierungen, politischen und wirtschaftlichen Eliten zu werden
2. Wie stellt das Geschick der Menschheit sich heute dar?
Die Fähigkeit, zum Guten wie zum Schlechten die menschliche Existenz zu beeinflussen, hat auf beispiellose Weise zugenommen
3. Bewältigung durchgängigen Wandels:
Hauptgegenstand der Politikwissenschaft im laufenden Jahrhundert
Politikwissenschaft sollte sich zu einer problemorientierten Wissenschaft entwickeln,

die sich konzentriert auf Gründe, Abläufe sowie partizipatorische Bewältigung politischer, gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen. Deren Ausmaß und Tempo rufen Unsicherheit und Aggressivität gegenüber demokratischen Institutionen hervor

4. Zum Nutzen der Bürger:

Der Politologe des 21. Jahrhunderts als öffentlicher Intellektueller Aus bisherigen erbitterten Kontroversen unter Wissenschaftlern lässt sich mit einiger Sicherheit folgern, dass durchgängigeres öffentliches Engagement nicht automatisch zu einem verträglicheren Debattenklima führt. Eine politische Kultur solchen Engagements gilt es zu entwickeln

5. Demokratieverziehung durch zugewandte Einwirkung

Sensibilisierung künftiger Bürger für Politikwissenschaft und deren öffentliches Engagement

Schulische politische Bildung sollte sich nicht in Regierungslehre erschöpfen, sondern zu zivilgesellschaftlichem Engagement anleiten.

Sie sollte sich auf das Erlernen einer demokratischen Lebensweise konzentrieren, einschließlich der Bewältigung durchgängigen Wandels

6. Entschlossen, Alarm zu schlagen

Politikwissenschaft als Hürde gegen Desinformation und ein Regime notorischer Lügner

Die Brexit- und Trump-Kampagnen haben gezeigt, wie weit wir auf dem Weg

zur Herrschaft notorischer Lügner bereits vorangeschritten sind.

Die Politikwissenschaft sollte sich für jede Aufdeckung offenkundig wahrheitswidriger,

ungesetzlicher oder unethischer Behauptungen und Maßnahmen einsetzen, mit denen Politiker, Parteien und Regierungen versuchen, Bürger zu täuschen und ihre verfassungsmäßige Verantwortung zu unterlaufen oder zu hintertreiben

Teil II

Themenfelder

7. Bestärkung ethnischer-kultureller Vielfalt, Vermeidung gruppenbezogener Aufspaltung: Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert und die Politik der Anerkennung

Infolge von Bürgerkriegen, sozialem Elend und wirtschaftlicher Globalisierung nehmen Flüchtlings- und Arbeitsmigration weiter zu. Sowohl für Minderheiten als auch für die kulturell privilegierten Mehrheiten der Aufnahmeländer dient der Rückgriff auf ethnische Zugehörigkeit als soziales Identifikationsmerkmal.

Letztere sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, wachsende Heterogenität zu akzeptieren. Die Politikwissenschaft sollte an sinnstiftenden Narrativen arbeiten, die wechselseitige „Anerkennung“ und Toleranz fördern, nicht aber Abgrenzung und Konflikt.

Dabei sollte sie sich der Verknüpfungen von kultureller mit wirtschaftlicher Ungleichheit und Macht bewusst bleiben

8. Geringe Einkommen, niedriges Bildungsniveau:

Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert und die Ungleichheit politischer Ressourcen

Ungleiche soziale Ressourcen, vor allem Einkommen, Vermögen und Bildung, schlagen sich unweigerlich nieder in der Ungleichheit politischer Ressourcen, wo es

um bürgerschaftliches Engagement geht und um Setzung von Themenschwerpunkten der Politik. Beides verschiebt die Demokratie bereits gegenwärtig in Richtung

Plutokratie. Die Verringerung derartiger Ungleichgewichte ist von erstrangiger

Bedeutung, um die Zugänglichkeit, Verantwortlichkeit und – in letzter Konsequenz – Legitimität vermeintlich „repräsentativer“ Regierungen zu gewährleisten.

Politikwissenschaftler/innen sollten sich führenden Ökonomen wie Krugman,

Piketty und Stiglitz anschließen beim Drängen auf Steuerreformen und weitere

finanzpolitische Änderungen

9. Robuste Regulierung kapitalistischer Wirtschaft:

Politische Ökonomie für das 21. Jahrhundert

Staatliche Deregulierungsmaßnahmen und consequente Einsparungen bei öffentlichen

Dienstleistungen haben die Fähigkeit der Gesetzgebung zur Erbringung von

Finanz- und Realtransfers reduziert. Sie haben wiederkehrende Finanzkrisen

verschärft, wenn nicht gar ausgelöst. Der sich hartnäckig behauptende neoliberale Diskurs ließ Regierungen und Marktteilnehmer darin wetteifern,

Staaten zu reorganisieren als – auf Ausgabenkürzungen hin orientierte – Quasi-Unternehmen. Dies schwächt ebenso die Loyalität der Bürger gegenüber

dem politischen System wie die Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement. Den marktorientierten Trend gilt es umzukehren. Eine wiedererstarkte Politische Ökonomie muss sich in die politische Debatte einmischen

10. Globale Erwärmung, Machtstrukturen und Lebensbedingungen:

Klimapolitik und die Politikwissenschaft des 21. Jahrhunderts

Die Aktivitäten von Vetospielern unter den wirtschaftlichen und politischen Eliten,

die in Ländern wie den Vereinigten Staaten, China, Russland oder Indien

klimapolitischen Wandel hemmen, überschatten ein grundlegendes Problem.

Es besteht darin, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen für Hunderte

von Millionen in Armut existierender Menschen aktuell bedeutet, die CO₂-

Emissionen steigern. Deren effektive Verringerung hängt davon ab, ob es gelingen

wird, Bevölkerungswachstum und Einkommensanstieg von zunehmender Umweltverschmutzung abzukoppeln

11. Radikalisierung, Terrorismus, Untergrabung bürgerlicher Freiheiten:

Mögliche Aporien einer Politikwissenschaft für das 21. Jahrhundert

Eine diesem Jahrhundert angemessene Politikwissenschaft, die auf friedliche

Konfliktbeilegung setzt, könnte sich – wie der russische Überfall auf die Ukraine zeigt – außen- und innenpolitisch einer Reihe von Sicherheitsdilemmata gegenübersehen. Sie lassen sich innenpolitisch nicht zuletzt in die Notwendigkeit fassen, gegen messianisch motivierte Gewalt Konzepte „sanfter“ Polizeiarbeit und Strategien einer De-Radikalisierung zu entwickeln – statt ausschließlich auf repressive Maßnahmen zu setzen, die grundlegende demokratische Werte bedrohen, ohne wirklich Aussicht auf Erfolg zu bieten

Teil III Parteilichkeit

12. Politikwissenschaft für das 21. Jahrhundert: Politisierung einer Disziplin?
 Für eine normativ orientierte, empirisch gestützte Wissenschaft von der Demokratie
Zu einem Zeitpunkt in der Geschichte, an dem die Rechenschaftspflicht demokratischer Regierungen zu zerrinnen droht, die Hybridisierung ursprünglich demokratischer Regime in Ost-Mittel-Europa fortschreitet und Demokratien in Westeuropa wie Nordamerika durch die Aushöhlung demokratischer Werte und Regeln gefährdet wirken, wird eine Politikwissenschaft, die sich als Wissenschaft von der Demokratie versteht, unweigerlich parteilich. Sie sollte dies akzeptieren und Ziele wie Konsequenzen solcher Parteilichkeit verdeutlichen

Index

DANKSAGUNG

Dieses Buch stellt die deutsche Fassung der 2019 erschienenen Studie *Empowering Citizens, Engaging the Public: Political Science for the 21st Century* dar, die international auf Resonanz gestoßen ist (https://eprints.whiterose.ac.uk/168499/3/The%20Moral%20Foundations%20of%20Public%20Engagement_REVISED%20-%20AUG%202019.pdf; <http://czasopisma.isppan.waw.pl/index.php/sm/article/view/138/95>; <https://link.springer.com/article/10.1007/s11615-021-00304-3>). Die deutsche Ausgabe wurde ermöglicht durch ein innovatives Projekt von Springer Nature im Zusammenwirken mit dem Onlinedienst DeepL, wobei maschinelle Übersetzung kombiniert wurde mit eingehender Textprüfung durch den Verfasser. Für die Aufnahme des Buchs in das Vorhaben bin ich dankbar.

Soweit deutsche Übersetzungen der verwendeten Literatur erschienen sind, wurden sie bei den Zitaten zu Grunde gelegt. Durchgehend wurde der Text behutsam aktualisiert. Lediglich das Schlusskapitel habe ich erheblich erweitert, um den eingetretenen Entwicklungen im Verhältnis der Europäischen Union zu den „hybriden“ Regimen Polens und Ungarns ebenso gerecht zu werden wie – ohne den russischen Angriffskrieg aus dem Auge zu verlieren – den vor Kriegsbeginn festgestellten, nicht ohne weiteres von der Bildfläche verschwundenen korrupt-kleptokratischen Strukturen und Prozessen in der Ukraine.

Besonders hinweisen möchte ich auf die Angaben in Kap. 11 über die Tätigkeit der Munk School of Global Affairs & Publics Policy an der Universität Toronto. Auf sie bin ich im Zusammenhang mit dem *Pegasus*-Pro-

jekt journalistischer Recherchegruppen (2021) gestoßen, das den weltweiten Undercover-Einsatz einer Spionagesoftware aufdeckte.

In diesem Buch wird argumentiert, dass die Notwendigkeit, sich in zahlreichen Bereichen fortschreitender Aushöhlung der Demokratie entgegenzustellen, ausschlaggebende Bedeutung besitzt für die hier erhobene Forderung, Politikwissenschaft in ein Fach zu verwandeln, in dem Probleme Vorrang vor Methoden haben und öffentliche Relevanz vor ausgefeilter Spezialisierung.

Zum ersten Mal werden die Voraussetzungen, Aspekte und Folgen einer derartigen Transformation hier mit der Detailliertheit erörtert, die nur ein Buch ermöglicht. Fast zwanzig Jahre lang hat man bei APSA, IPSA und PSA diskutiert über die gegenwärtige Abkopplung der Politikwissenschaft von der Öffentlichkeit und die zweifelhafte Relevanz des Fachs. Ohne diese Debatte – der die deutsche Fachdiskussion weit hinterherhinkt – hätte die vorliegende Darstellung nicht geschrieben werden können. Auf die Leserinnen und Leser warten einige unmissverständliche Schlussfolgerungen.

Ich komme auf diesen Punkt gleich zurück. Zuvor aber gilt es, eine tief empfundene Dankesschuld abzutragen.

Meinem kanadischen Freund und Kollegen Leslie Pal verdankt dieser Band eine Fülle scharfsinniger Anregungen. Ohne ihn wäre es nicht dasselbe Buch. Er und ich haben ein Jahrzehnt lang zusammengearbeitet. 2008 begannen wir mit der Konzipierung eines gemeinsam herausgegebenen Sammelwerks. Es erschien 2010 unter dem Titel: *Political Science in Central-East Europe: Diversity and Convergence* mit einer Empfehlung des IPSA Executive Committee. Les hat jedes Kapitel des vorliegenden Buchs gelesen und immer wieder kritische Fragen gestellt, die mich zwingen, meine Standpunkte zu verdeutlichen oder zu überdenken. (Was nicht heißt, dass er Verantwortung für das Endprodukt trägt.)

Leslies unbeirrte Zuversicht, dass ich mein Vorhaben zuwege bringen würde, ermutigte mich, so oft neue Hindernisse sich auftürmten – und das war nicht eben selten der Fall. Ich weiß seine anhaltende Unterstützung umso mehr zu schätzen angesichts seiner zahlreichen eigenen Verpflichtungen – wie auch der Tatsache, dass er selbst dazu neigt, zurückhaltender zu argumentieren als ich.

Mehrere Ideen dieses Buchs habe ich zuerst in einem kurzen Aufsatz vorgestellt: „How Political Science Might Regain Relevance and Obtain an Audience: A Manifesto for the 21st Century“, veröffentlicht in *European Political Science* (Juni-Ausgabe 2011). Jener Artikel – ganze sechs Seiten lang; arg kompakt ausgefallen, fürchte ich – war als Beitrag zu einer De-

batte über die Relevanz des Fachs gedacht, angestoßen 2008/2009 durch den ehemaligen IPSA- Generalsekretär John Trent auf zwei IPSA-Kongressen in Montréal und Santiago de Chile („Is political science out of step with the world?“). Ich fühle mich John tief verpflichtet dafür, dass er mich immer wieder zum Nachdenken angeregt hat, auch dort, wo wir unterschiedliche Folgerungen aus den Belegen gezogen haben, die er präsentiert hat.

Andrea Lenschow war so großzügig, mich auf einen 2016 in der Zeitschrift *Global Environmental Politics* erschienenen Aufsatz hinzuweisen, der zentrale klimapolitische Forschungsschwerpunkte resümiert. Zusammen mit Andreas eigenen Arbeiten half der Beitrag mir wesentlich dabei, mir Zugang zu verschaffen zu dem verwickelten Thema. Als mehrjährige Dekanin des Fachbereichs hat Andrea überdies erheblich dazu beigetragen, dass die Universität Osnabrück mir nach meiner Emeritierung weiter räumliche Möglichkeiten zur Verfügung gestellt hat. Für die uneingeschränkte Unterstützung, die ich von ihr erfahren habe, bleibe ich ihr zu großem Dank verpflichtet.

Seinen letzten Schliff erhielt das Buch durch die Diskussion einer Expertenrunde während des Politologen-Weltkongresses 2018 im australischen Brisbane. Marian Sawer, Dianne Pinderhughes, Matthew Flinders und Leslie Pal setzten sich mit den zentralen Argumenten des Bandes auseinander. Ihnen allen schulde ich ein erhebliches Maß an Dank. Marian, die die Debatte wie stets liebenswürdig und gelassen moderierte, hat unser Fach immer wieder bereichert – als Präsidentin der Australian Political Studies Association, IPSA-Vizepräsidentin, langjährige Mitherausgeberin des *International Political Science Review*, Programm-Codirektorin (zusammen mit Dianne) des Politologen-Weltkongresses in Posen 2016. Dianne rief während ihrer historischen APSA-Präsidentschaft – sie war die erste Afro-Amerikanerin, die in dieses Amt gewählt wurde – die Studiengruppe „Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert“ ins Leben, aus deren Vision ich eingangs zitiert habe. Gegenwärtig fungiert sie als IPSA-Präsidentin. Matt, der drei Jahre lang Großbritanniens Political Studies Association leitete, ist Gründungsdirektor des Sir Bernard Crick Center for the Public Understanding of Politics – der Name spricht für sich: Im Bemühen, die Kluft zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu verringern, sucht das Zentrum zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen zu ermutigen. Über Les muss nichts weiter gesagt werden, höchstens noch, dass sein Forschungsschwerpunkt „Öffentliche Politik und Verwaltung unter krisenhaften Bedingungen“ sich optimal eignete für einen kritischen Blick auf das Buchmanuskript.

Vor anderthalb Jahrzehnten, 2006, schrieb APSR-Chefredakteur Lee Sigelman – dessen viel zu früher Tod drei Jahre später im Fach Bestürzung auslöste – über das vorherrschende „Schubladendenken“ im Fach. Er führte es zurück auf die Herausbildung von „Nischen“: Hoch spezialisierte Politologen betreiben dort „hoch differenzierte Forschung“, deren Resultate sie anschließend weiteren „hochspezialisierten Zielgruppen“ mitteilen, statt zu schreiben für „einige wenige Spezialisten, dafür aber zahlreiche Laien“. Im selben Jahr startete die IPSA eine Initiative zur Vernetzung ihrer Forschungskomitees, die darauf abzielte, die Folgen ausufernder Spezialisierung abzumildern. Als Vertreter der Ausschüsse im Executive Committee zwischen 2006 und 2012 war ich in diesen Versuch eingebunden. Erstmals in der Geschichte der IPSA brachte die 2008 in Montréal veranstaltete Konferenz: „Political Science in the World: New Theoretical and Regional Perspectives“, von Dirk Berg-Schlosser und mir geleitet, Vertreter von 27 Forschungsausschüssen und 23 nationalen politikwissenschaftlichen Vereinigungen zusammen (https://www.ipsa.org/sites/default/files/participation/participation_32-2_web.pdf).

Dies war der Ort, an dem John Trent erstmals seine Befunde vortrug, die – wie er sich ausdrückte – eine „Erneuerung“ des Fachs gebieterisch nahelegten.

Bevor die Ausschüsse mich als ihren Vertreter in den Vorstand wählten, hatte ich sechs Jahre lang das Pluralismus-Forschungskomitee der IPSA geleitet (<http://rc16.ipsa.org/pages/About-the-RC16>). Gesellschaftlicher ebenso wie politischer Pluralismus war, ist und bleibt ein Thema, das zahlreiche Schlüsselfragen berührt – von ungleichen politischen Ressourcen über Deregulierung und den Niedergang der Gewerkschaften bis zu fremdenfeindlichen Übergriffen gegen eingewanderte Minderheiten. Das vorliegende Buch wird immer wieder darauf dringen, dass Politikwissenschaftler/innen sich diesen und einer Anzahl weiterer „großer“ Fragen vorrangig widmen. Und es wird ebenso immer aufs Neue betonen, dass dazu Umschichtungen der gegenwärtigen Prioritäten des Fachs nötig sind im Hinblick auf Ausbildung, Forschung, Finanzierung und Lehre.

Natürlich sind solche Schritte konfliktreich und zeitaufwendig. Deshalb möchte ich keinen Zweifel an meiner Überzeugung lassen, dass jede Politologin und jener Politologe hier und heute damit beginnen kann, an ihrer oder seiner Universität neue Wege zu beschreiten. Um zu veranschaulichen, dass ein solcher Prozess nicht nur machbar, sondern auch bereichernd sein kann und Unterstützung sich oft aus unerwarteten Richtungen einstellt, bitte ich um Nachsicht, wenn ich mich einen Augenblick

lang auf meinen eigenen beruflichen Werdegang beziehe. Letztlich hat er meine Sichtweise darauf geprägt, was das Fach bewirken könnte.

1974 unterstrich Henry W. Ehrmann (1908–1994) im *American Political Science Review* „die Breite des historischen Ansatzes und den Konkretheitsgrad der Analyse“ meines ersten Buchs (meiner Dissertation) über Pluralismus als kritische politische Theorie. Zwei Jahre darauf wurde die Untersuchung ins Italienische übersetzt. Und der polnische Politologe Stanislaw Ehrlich (1907–1997) lud mich zur Tagung seines Forschungskomitees beim Politologen-Weltkongress 1979 in Moskau ein, einer Übung in friedlicher Koexistenz.

Stanislaw hatte 1976 eine IPSA-Studiengruppe über gesellschaftlichen und politischen Pluralismus ins Leben gerufen. Zwei Jahre später war sie als Forschungsausschuss anerkannt worden. Heute mag man sich vielleicht eher an ihn erinnern, weil er 1976 die Dissertation eines gewissen Jarowlaw Kaczyński betreut hatte, gegenwärtig Vorsitzender der sogenannten Recht- und Gerechtigkeitspartei Polens. Damals ragte Stanislaw hervor durch seinen Einsatz für die Überwindung der Ost-West-Spaltung in der Politologenzunft. Ich erinnere mich mit Zuneigung und Dankbarkeit an ihn – ein geachteter Wissenschaftler, ein geschätzter Kollege, ein lieber Freund.

Die Erfahrung wiederholte sich, nachdem Portugals Diktatur exakt an dem Tag – dem 25. April 1974 – durch die „Nelkenrevolution“ gestürzt worden war, an dem meine Universität (eine der neuen Hochschulen, die damals in ganz Westdeutschland errichtet wurden) Studienwilligen ihre Pforten öffnete. Ich verstand das als Vorzeichen, welchem Thema ich mich als nächstem zuwenden sollte. Der Wechsel vom Nachdenken über ein politisches Konzept wie Pluralismus zur Erkundung der sozialen, politischen, wirtschaftlichen Spaltungen eines anderen Landes stellte eine beträchtliche Herausforderung dar. Aber um historisch fundierte Analysen würde es ein weiteres Mal gehen, und am Ende könnte eine aufschlussreiche Fallstudie über die Vernetzung von Innenpolitik und internationalem Druck im Kalten Krieg stehen.

Meine Arbeit an dem Thema brachte mich in Kontakt mit dem britischen Historiker Kenneth Maxwell (1941–), der ein Jahrzehnt zuvor in die USA gewechselt war. Seit er 1974/1975 im *New York Review of Books* zwei bahnbrechende Aufsätze veröffentlicht hatte – „Portugal: A Neat Revolution“ und, noch pointierter, „Portugal Under Pressure“ –, hatte er sich rasch den Ruf eines führenden Experten in portugiesischen Angelegenheiten erworben. Als er Mitte der 1980er-Jahre an der Columbia

University, dann am Woodrow Wilson Center (Washington) eine Reihe von Workshops und Konferenzen über Portugals aktuelle Lage und Zukunftsaussichten organisierte, lud er mich ein.

Die freimütigen Diskussionen bei diesen Treffen, die prominente portugiesische und amerikanische Wissenschaftler und Politiker zusammenbrachten und aus denen etliche Aufsatzsammlungen hervorgingen, eröffneten mir rare Einsichten, die der Überprüfung meiner eigenen Einschätzungen zugutekamen. Ken wandte sich später Fragen der brasilianischen Entwicklung zu (der Kenneth Maxwell-Dissertationspreis am David Rockefeller Center for Latin American Studies der Harvard University ist nach ihm benannt), und auch meine Arbeitsschwerpunkte änderten sich. Aber ebenso wie Stanislaw schulde ich Ken bleibenden Dank dafür, dass er mir Zugang zu internationalen Debatten verschafft hat, die bei sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben ganz ungemein dabei helfen, über den eigenen Tellerrand zu blicken.

Aufrichtiger Dank gebührt *last, but far from least* zwei anonymen Gutachtern der englischen Originalfassung sowie meinem Lektor bei Palgrave Macmillan, Vishal Daryanomel, für ihre sachdienlichen und anregenden Kommentare, ferner Anish Kumar, der – für die Herstellung des Buchs verantwortlich – bei der Klärung technischer Fragen unverzichtbare Hilfe geleistet hat.

PROLOG

„Es ist unwahrscheinlich“, prophezeite H. G. Wells am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, als er über die Aussichten politischer und sozialer Strömungen spekulierte, „dass je wieder irgendein nichtswürdiger Demagoge, schwitzend, mit sich überschlagender Stimme, unablässig arbeitenden Gesichtszügen, zerknittertem Hemdkragen, wirren Haaren und wild gestikulierend ... auf Märkten und anderen Plätzen, von Tribünen und Kanzeln eifernd ... in irgendeinem demokratischen Staat auf der Welt zum mächtigsten Mann aufsteigen wird“ (Wells 1901, S. 140).

Solche Hoffnungen haben sich zwischen den beiden Weltkriegen und wieder nach 1945 zerschlagen. Weder Plätze und Tribünen, sondern Radio, Fernsehen und in jüngster Zeit soziale Medien haben Demagogen, die sich plebiszitärer Methoden bedienen, bei ihrem Aufstieg geholfen. Wie Juan Linz, Experte in der Analyse autoritärer Systeme, ein Jahrhundert nach Wells beobachtet hat, mag ihnen jegliche politische Erfahrung fehlen. Dennoch appellieren sie erfolgreich an Wähler – entweder, weil ihnen üppige Geldmittel zur Verfügung stehen, oder weil sie „sich außerhalb der Politik Popularität erworben haben“ (Linz 2007, S. 144). Die Feststellung ruft sogleich Bilder in Erinnerung von einer noch nicht sehr lange zurückliegenden Wahl in einem der wichtigsten Staaten der Erde.

Politikwissenschaft kann nicht hoffen, Bürgerinnen und Bürger unempfindlich zu machen für Torheit, für Wut der gar für Hass – sie beispielsweise, Stichwort Torheit, gegen Verschwörungsideologien zu immunisieren, wie sie im Zusammenhang mit der Covid 19-Pandemie grassieren. Aber das Fach kann wesentlich mehr tun, als es momentan leistet, um der breiten Öffentlichkeit historisch angereichertes analytisches Denken nahezubringen sowie abgewogenes, für rationale Problemlösungen aufgeschlossenes Urteilsvermögen. Und die Disziplin muss, wo immer nötig, Alarm schlagen, jener Herrschaft der Lügner entgegenzutreten, auf die selbst ehrwürdige Demokratien aktuell zuschlittern, ausweislich der Brexit-Kampagne

und der fortgesetzten, in der Republikanischen Partei auf beunruhigende Resonanz stoßenden Behauptungen Donald Trumps über die angeblich von ihm gewonnene Präsidentschaftswahl.

Neben den gerade genannten Anlässen gibt es hinreichend Gründe für die angemahnte Neubestimmung der Politikwissenschaft, die in diesem Buch erörtert werden. Drei, denen später eingehende Aufmerksamkeit zu Teil werden wird, seien hier herausgegriffen:

- die Existenz von Kartellen zur Fabrikation von Unwissen,
- die systematische Erzeugung von Angst sowie, durch beide noch verschärft,
- die psychisch verunsichernde Wirkung rapiden Wandels.

Um „unbequeme wissenschaftliche Erkenntnisse zu diskreditieren“, hat eine Handvoll Akademiker, wie von den Wissenschaftshistorikern Naomi Oreskes (Harvard University) und Eric Conway (NASA/JPL) beschrieben, sich nach einem wiederkehrenden Muster zusammengetan mit Konzernen und mit Denkfabriken, die wiederum von diesen Konzernen finanziert werden. Das Ansehen, das sie genießen, haben sie dazu eingesetzt, nachweisliche Tatsachen zu bestreiten. Oreskes und Conway stuften diese Personen als Akteure ein, die darauf abzielen, „Zweifel zu säen“, ohne „irgendwelche eigenen Forschungsergebnisse“ auf den Gebieten vorzuweisen, um die es ging. Wohl aber verfügten sie über Einfluss. Und sie wussten sich der Medien zu bedienen, um ihre Auffassungen zu verbreiten (Oreskes und Conway 2014, S. XXI, XXIII, 318, 319, 332). Zudem arbeiten beide Verfasser heraus, dass es den Schlüsselfiguren gar nicht um Wissenschaft zu tun war. Es ging um Politik und Wirtschaftsinteressen – konkreter um Rolle und Ausmaß staatlicher Regulierung.

Werden solche Kampagnen betrieben, dann sollte die Politikwissenschaft an die Öffentlichkeit gehen und den Sachverhalt unmissverständlich richtigstellen.

Durch ständig wiederholte mediale Beschwörung hat Angst – so der Mediensoziologe David L. Altheide (Arizona State University) als Resümee seiner Forschungen über Politik und Massenmedien – sich zu einer verbreiteten Sichtweise entwickelt, zu nichts Geringerem als einem spezifischen „Blick auf das Leben“. Angst vermag die Ansichten von Menschen zu politischen Fragen tiefgehend zu prägen. Die systematische Erzeugung von Angst, die sich „auf unsere Kultur und öffentliche Ordnung“ auswirkt, kann mithin als politisches Werkzeug dienen (Altheide 2015 [12002], S. 3/4, 16/17, 23/24, 26).

Altheide vermerkte dazu, dass in einer Welt, die von vielen Menschen als „außer Kontrolle, weil in ständigem Wandel begriffen“ wahrgenommen wird, Angst täu-

schende Erklärungen und Scheinlösungen liefern kann. Einmal mehr sind öffentliche Interventionen von Politikwissenschaftler(inne)n dringend erforderlich, um rationaleren Denkansätzen den Weg zu ebnen. *Bürgerinnen und Bürgern dabei zu helfen, Veränderungen – politische, wirtschaftliche, nicht zuletzt kulturelle Veränderungen – zu bewältigen, wird auf den folgenden Seiten als die Kernaufgabe einer problemorientierten Politikwissenschaft für das 21. Jahrhundert benannt werden.*

Bestechender als mancher Sozial- oder Politikwissenschaftler hat der britische Schriftsteller James Graham Ballard (1930–2009) veranschaulicht, wie die dramatischen Veränderungen unserer Zeit die einen – die sich solche Optionen leisten können – dazu veranlassen, sich zurückzuziehen hinter die Absperrungen videoüberwachter Wohnanlagen (*gated communities*), die anderen dagegen, eine ihnen zunehmend „fremd gewordene“ Umwelt zu attackieren, am Ende zu mörderischer Gewalt zu greifen, nur um das Gefühl zu haben, „sie lebten überhaupt noch“ (Ballard 2004, S. 3, 4, 5).

Wenn solche Narrative über das, was sich aktuell in Gesellschaften abspielt, in denen Macht, Modernität und Wissenschaft oft befremdliche Bündnisse eingegangen sind, Unbehagen auslösen, dann ist das Gefühl nur zu berechtigt. Letzten Endes mag es die tragfähigste Grundlage abgeben für die Zähigkeit, die zahlreiche Politolog(inn)en aufbringen müssen, sollten sie sich zu dem dauerhaften Versuch entschließen, den steten Dialog mit der Öffentlichkeit zu suchen, um Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Wie andere, die sich ähnlich einsetzen, mögen sie dabei jenes Hoffnungsstrahls gedenken, auf den Leonard Cohen anspielte, als er 1992 von Ausdauer sang und von Beharrlichkeit (*The Anthem*):

„Ein Dasein ohne Risse gibt es nicht.
Doch erst durch Risse fällt das Licht.“¹

LITERATUR

- Altheide, David L. (2015 [¹2002]): *Creating Fear*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Ballard, J. G. (2004): „Interview with the Author: J. G. Ballard talks to Vanora Bennett“, in: J. G. Ballard: *Millennium People*. London: Harper Perennial, 4/5.
- Linz, Juan J. (2007): „Some Thoughts on the Victory and Future of Democracy“, in: Dirk Berg-Schlosser (Hg): *Democratization: The State of the Art*. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, 133–153.

¹ Im Original: „There is a crack in everything. That’s how the light comes in.“

- Oreskes, Naomi/Conway, Erik M. (2014): *Die Machiavellis der Wissenschaft. Das Netzwerk des Leugnens*. (Originaltitel: *Merchants of Doubt*. New York: Bloomsbury Press 2010). Weinheim: Wiley-VCH.
- Wells, H. G. (1901): *Anticipations. The Works of H. G. Wells*, Vol. 4 (1924). New York: Scribner.

INHALTSVERZEICHNIS

Teil I Erfordernisse

Kapitel 1	Menschliche Geschicke verbessern	3
Kapitel 2	Wie stellt das Geschick der Menschheit sich heute dar?	17
Kapitel 3	Bewältigung durchgängigen Wandels	25
Kapitel 4	Zum Nutzen der Bürger	39
Kapitel 5	Demokratieerziehung durch zugewandte Einwirkung	65
Kapitel 6	Entschlossen, Alarm zu schlagen	77

Teil II Themenfelder

Kapitel 7	Bestärkung ethnisch-kultureller Vielfalt, Vermeidung gruppenbezogener Aufspaltung	99
Kapitel 8	Geringe Einkommen, niedriges Bildungsniveau	117
Kapitel 9	Robuste Regulierung kapitalistischer Wirtschaft	139

Kapitel 10	Globale Erwärmung, Machtstrukturen und Lebensbedingungen	173
Kapitel 11	Radikalisierung, Terrorismus, Untergrabung bürgerlicher Freiheiten	189
Teil III Parteilichkeit		
Kapitel 12	Politikwissenschaft für das 21. Jahrhundert: Politisierung einer Disziplin?	213
Autorenverzeichnis		241
Stichwortverzeichnis		245

ABKÜRZUNGEN

ABM	Anti-ballistic Missile (Abfangrakete)
ANU	Australian National University
APSA	American Political Science Association
AUFTA	Australia-United States Free Trade Agreement
CCTV	Closed Circuit Television (Videoüberwachungsanlage)
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement (Kanada/ Europäische Union)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ECPR	European Consortium for Political Research
EEA	Eastern Economic Association (USA)
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
FATCA	Foreign Account Tax Compliance Act (Auslandskonten- Meldepflicht-Gesetz, USA)
HUAC	House Un-American Activities Committee (Ausschuss des Repräsentantenhauses für unamerikanische Umtriebe)
ICSID	International Center for the Settlement of Investment Disputes
INF	Intermediate Range Nuclear Forces
IPSA	International Political Science Association
ISDS	Investor-State Dispute Settlement (Investor-Staat- Streitbeilegungs-Verfahren)
JIC	Joint Intelligence Committee (UK, verantwortlich für Aufsicht über und nachrichtendienstliche Bewertung der britischen Geheimdienste MI5, MI6, GCHQ)
JPL	Jet Propulsion Laboratory (Versuchsanstalt für Strahlantriebe, USA)
LSE	London School of Economics and Political Science